

Die Fachgruppe „Freischaffende MusikerInnen“ der Younion begrüßt das nun veröffentlichte Urteil der BH Kufstein zur Causa Erl in Bezug auf die Ausländerbeschäftigung.

Es ist nicht nachvollziehbar, wieso bei einem klassischen Musikfestival in Österreich derart viele Drittstaatsangehörige beschäftigt werden, wo doch in kaum einem anderen Land der Welt der Ausbildungsstandard und das Know-how im Bereich Musik derart groß ist wie hierzulande. Abgesehen davon, dass Gustav Kuhn die verhängten Strafen - wie von der Liste Fritz gefordert - aus eigener Tasche bezahlt hat, um die Steuerzahler nicht zusätzlich zu belasten, ist es dennoch nicht nachhaltig, wenn die (zum Teil subventionierten) Gagen der MusikerInnen nicht im Inland wieder über Steuern und Abgaben ins System zurückgeführt werden, sondern in das EU-Ausland abfließen.

Für die FG „Freischaffende MusikerInnen“ ist diese Praxis weder nachhaltig noch wirtschaftlich und stellt eine recht sinnbefreite Verwendung von Steuergeldern dar. Wir möchten die Koalitionsparteien der Bundesregierung an ihr Regierungsprogramm zum Thema „fair-pay“ erinnern. Wir stehen mit unserer Expertise jederzeit zur Verfügung sollten Sie diesbezüglich endlich aktiv werden wollen.